

## Medienmitteilung

# Kiesbranche will Diskussion auf Basis von Fakten statt Behauptungen

**Rubigen, 22. November 2017: In der heutigen Grossratsdebatte über den Controllingbericht ADT wurden wiederholt Aussagen aus dem geheimen Bericht der Finanzkontrolle zitiert. Der Kantonale Kies- und Betonverband KSE Bern zweifelt an der Seriosität des Berichts der Finanzkontrolle. Solange dieser unter Verschluss gehalten wird, können die Aussagen nicht überprüft werden. Der KSE Bern stösst sich daran, dass politische Entscheide aufgrund von Vorverurteilungen gefällt werden. Er verlangt weiterhin und nachdrücklich die Offenlegung des Berichts der Finanzkontrolle.**

Der Kantonale Kies- und Betonverband KSE Bern nimmt die Debatte im Grossrat zum Controllingbericht ADT zur Kenntnis. Das Kies- und Deponiewesen ist eine komplexe und stark regulierte Branche. Eine Analyse der Markt- und Wettbewerbsverhältnisse setzt ein fundiertes Vorwissen voraus. Mit der Wettbewerbskommission WEKO gibt es eine Behörde, die über das nötige wettbewerbsökonomische Sachverständnis und die Datengrundlagen verfügt, um faktenbasierte Aussagen zur Situation im Kies- und Deponiewesen zu machen. Die Finanzkontrolle ist aus Sicht des KSE Bern die falsche Behörde zur Beurteilung dieser Fragen, weil sie nicht über die notwendigen Kompetenzen und Einsichtsrechte verfügt. Ihre Aussagen stützen sich deshalb höchst wahrscheinlich auf unsichere Datengrundlagen.

Während die WEKO die Situation in der Berner Kies- und Deponiebranche seit 2 ½ Jahren analysiert, hatte die Finanzkontrolle ihren Bericht nach wenigen Monaten abgeschlossen. Der KSE Bern bezweifelt denn auch dessen Aussagekraft. Dass der Bericht weiterhin unter Verschluss gehalten wird, macht eine sachliche Diskussion unmöglich. Der KSE sieht darin auch eine Verletzung des Öffentlichkeitsprinzips. Er hält deshalb an seiner Forderung fest, den Bericht der Finanzkontrolle öffentlich zu machen. Die Tatsache, dass an der heutigen Grossratsdebatte Aussagen aus dem – geheimen – Bericht zitiert und zur Entscheidungsfindung hinzugezogen wurden, verleiht der Forderung nach einer Veröffentlichung Nachdruck. Es ist stossend, dass politische Entscheide aufgrund von geheim gehaltenen und damit nicht überprüfbaren Informationen gefällt werden.

Der KSE Bern stellt sich der sachlichen Diskussion. Gerade deshalb insistiert er auf der Veröffentlichung des Berichts der Finanzkontrolle. Nur so kann die Behauptung, der Kanton Bern habe für seine Bauvorhaben zu viel bezahlt, überprüft werden. Hält die Geschäftsprüfungskommission GPK des Kantons Bern den Bericht weiterhin unter Verschluss, verunmöglicht sie eine Diskussion auf Basis von Fakten. Damit fördert sie eine Politik aufgrund von Vorverurteilungen. Nötigenfalls will der KSE Bern seine Informations- und Offenlegungsansprüche auf dem Rechtsweg durchsetzen.

Für weitere Auskünfte: Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern, Tel. 079 614 97 04